

Zeitschrift:	Appenzellische Jahrbücher
Herausgeber:	Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft
Band:	145 (2018)
Rubrik:	Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2017

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2017

JÜRG BÜHLER, HERISAU

Die anhaltend schwierige Situation im Spitalverbund, die schlechte Finanzlage des Kantons sowie eine Neuwahl in die fünfköpfige Regierung waren 2017 die politischen Hauptthemen in Appenzell Ausserrhoden. Im Fokus der Diskussionen rund um den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) stand weiterhin die zukünftige Ausrichtung des Spitals Heiden. Mit der in erster Lesung verabschiedeten Teilrevision des Spitalverbundgesetzes ist die unternehmerische Handlungsfähigkeit des SVAR-Verwaltungsrats gestärkt worden: im revidierten Gesetz wird auf die explizite Nennung der Spitalstandorte verzichtet. – Nachdem die Staatsrechnung 2016 gegenüber dem Budget um 14,7 Mio. Franken schlechter ausgefallen war und auch die Prognosen für die kommenden Jahre von einem Defizit ausgingen, präsentierte der Regierungsrat gegen Ende Jahr ein umfassendes Sparpaket. Die darin vorgesehene Steuerfusserhöhung für 2019 wurde bei der Budgetdebatte im Kantonsrat um ein Jahr vorgezogen, dadurch reduzierte sich das budgetierte Defizit für 2018 um 4 Mio. auf 5,6 Mio. Franken. Im November präsentierte die Regierung eine Teilrevision des Gesetzes über den Finanzausgleich. Weil dadurch die Gemeinden aber weniger Ausgleichszahlungen erhalten würden, stiess das Vorhaben in der Vernehmlassung auf harsche Kritik. – Für die Nachfolge der zurücktretenden Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl kandidierten Dölf Biasotto von der FDP, Peter Gut als Parteiunabhängiger und Inge Schmid von der SVP. Nachdem im ersten Wahlgang keiner der Kandidierenden das absolute Mehr erreicht hatte, machte im zweiten Wahlgang der Urnäscher Dölf Biasotto (Abb. 1) mit deutlichem Vorsprung das Rennen vor Peter Gut und Inge Schmid. Der neu gewählte Regierungsrat übernahm das durch den Rücktritt freigewordene Departement Bau und

Volkswirtschaft. – Zwei langjährige Chefbeamte des Kantons sind 2017 in Pension gegangen: Als schweizweit dienstältester Kantonsbaumeister ist Ende Juni Otto Hugentobler nach 31 Jahren verabschiedet worden; seine Nachfolge hat Jürg Schweizer übernommen. In Pension gegangen ist auch Peter Witschi, der langjährige engagierte Staatsarchivar; seine Nachfolgerin Jutta Hafner ist seit Anfang März im Amt.

Kantonale Wahlen

Nachdem die freisinnige Regierungsrätin Marianne Keller-Bohl, Teufen, ihren Rücktritt auf das Ende des Amtsjahres 2016/17 erklärt hatte, standen zu Beginn des Jahres Ersatzwahlen an. Gleichzeitig musste ein neuer Landammann gewählt werden, da der Sozialdemokrat Matthias Weishaupt, Teufen, turnusgemäß zurücktrat. Für die Nachfolge von Marianne Koller-Bohl kandidierten der freisinnige Kantonsrat Dölf Biasotto, Urnäsch, die Parteiunabhängigen nominierten Kantonsrat Peter Gut, Walzenhausen, und für die SVP trat Gemeindepräsidentin Inge Schmid, Bühler, an. Das Landammann-Amt strebten der freisinnige Paul Signer, Herisau, und Köbi Frei, Heiden, von der SVP an. Während der Wahlkampf um den Sitz in der Regierung recht engagiert verlief, warf die Landammann-Wahl keine grossen Wellen. Erwartungsgemäss wurde der Herisauer Paul Signer (FDP) bereits im ersten Wahlgang mit deutlichen Mehr zum Landammann gewählt (Abb. 2).

Weil im ersten Wahlgang am 12. Februar keiner der Kandidierenden für das Regierungsamt das absolute Mehr erreicht hatte, war ein zweiter Wahlgang nötig. Sowohl der nach dem ersten Wahlgang deutlich vorne liegende Dölf Biasotto als auch Inge Schmid und Peter Gut traten nochmals an. Am 19. März war das Ergebnis dann aber deutlicher als von den meis-

ten Beobachtern erwartet: Dölf Biasotto wurde mit einem Vorsprung von gegen 1600 Stimmen auf Peter Gut und mit 2400 Stimmen vor Inge Schmid gewählt. Die Stimmteilnahme lag beim ersten Wahlgang bei 47,1 Prozent, beim zweiten Wahlgang bemühten sich noch 41,3 Prozent an die Urnen (Abb. 3).

<i>Landammann-Wahl</i>	Paul Signer, Herisau	9 655	Ja	Nein
	Köbi Frei, Heiden	5 400		
<i>Regierungsratswahl</i>	1. Wahlgang	2. Wahlgang		
Dölf Biasotto, FDP, Urnäsch	6 684	6 432		
Peter Gut, pu, Walzenhausen	5 390	4 822		
Inge Schmid, SVP, Bühler	5 086	4 042		

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene wurden den Stimmberechtigten 2017 sieben Vorlagen zum Entscheid vorgelegt. In Appenzell Ausserrhoden deckten sich die Abstimmungsresultate im Ergebnis trotz prozentualer Unterschiede in allen Fällen mit dem gesamtschweizerischen Resultat.

<i>12. Februar</i>	Ja	Nein
Erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration	9 931	9 567
Schaffung Fonds für Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr	12 123	7 039
Unternehmenssteuerreform	8 177	10 907

Im Gegensatz zum gesamtschweizerischen Resultat, wo die Vorlage über die erleichterte Einbürgerung mit einem Ja-Anteil von 60 Prozent angenommen wurde, fand diese in Appenzell Ausserrhoden mit 50,9 Prozent Ja-Stimmen nur eine knappe Annahme. – Bei den beiden anderen Vorlagen war der Ja-Stimmenanteil in Appenzell Ausserrhoden jeweils minim höher als gesamtschweizerisch.

<i>21. Mai</i>	Ja	Nein
Energiegesetz	9 323	7 991

Das Energiegesetz wurde in Appenzell Ausserrhoden mit einem Ja-Anteil von 54 Prozent gut geheissen; gesamtschweizerisch konnte das Energiegesetz 58 Prozent-Ja-Stimmen auf sich vereinen.

<i>24. September</i>	Ja	Nein
Zusatzfinanzierung der AHV durch Erhöhung der Mehrwertsteuer	8 187	11 227
Gesetz über Reform der Altersvorsorge 2020	7 676	11 742
Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit	13 455	5 654

Die beiden die AHV betreffenden Vorlagen wurden in Appenzell Ausserrhoden mit jeweils deutlichen Nein-Mehrheiten abgelehnt. Gesamtschweizerisch war die Ablehnung dieser Vorlagen nicht so deutlich, bei der AHV-Zusatzfinanzierung resultierte gesamtschweizerisch sogar ein Patt. Weil diese beiden Vorlagen jedoch eng miteinander verknüpft waren, wäre ein doppeltes Ja für das Inkrafttreten zwingend gewesen. – Beim Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit deckte sich das Abstimmungsresultat in Ausserrhoden mit jenem auf gesamtschweizerischer Ebene.

Kantonsrat

Der Kantonsrat behandelte an sieben Sitzungen 66 Geschäfte. Die Geschäftslast lag damit im langjährigen Durchschnitt. Mit der Teilrevision des EG zum ZGB zum Immobiliarsachenrecht und mit dem Stipendiengesetz konnten grössere Revisionen verabschiedet werden. Kleinere Vorhaben betrafen die Teilrevision des Gemeindegesetzes zu den Wählbarkeitsvoraussetzungen für die Gemeindepräsidien, die Anpassung der Gebührenordnung sowie die Änderung der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Strassenverkehrsgesetz betreffend die Übertragung von Kontrollschildern. Von grosser Bedeutung war die Genehmigung der Richtplannachführung. Auch 2017 standen gesundheitspolitische Themen im Fokus, insbesondere die finanzielle Situation im Spitalverbund von Appenzell Ausserrhoden (SVAR). Ein Novum war in der März-Session die mit knapper Mehrheit verweigerte Genehmigung des Gesundheitsberichts 2016.

An der Kantonsratssitzung vom 20. Februar hat der Kantonsrat ein Postulat für erheblich erklärt, mit dem die SP-Fraktion die Erarbei-

tung einer fundierten Entscheidungsgrundlage für die anstehende Revision des Spitalverbundgesetzes fordert. Für den Vorstoss sprachen sich FDP, Parteiunabhängige und eine Mehrheit der SVP aus. Auch der Regierungsrat schloss sich dieser Meinung an. – Zu reden gab im Rat auch der Umbau des Poststellennetzes, sind doch verschiedene Poststellen im Kanton von der Schliessung bedroht. Der Regierungsrat sieht nur beschränkte Möglichkeiten, sich bei der Post für gute Dienstleistungen in Appenzell Ausserrhoden einzusetzen. Konkret spricht sich die Regierung besonders für den Erhalt der Poststellen in Herisau, Teufen, Speicher und Heiden aus. Postagenturen seien aber nicht per se schlecht. Für die SP-Fraktion ist das Ausdünnen des Poststellennetzes von hoher regional-politischer Relevanz. – Am Schluss setzte der Rat drei parlamentarische Kommissionen ein: eine für das Konzept Öffentlicher Verkehr 2018 bis 2022, eine zur Vorbereitung der SP-Volksinitiative für mehr Steuergerechtigkeit und eine für das Energiekonzept 2018 bis 2025.

An der Kantonsratssitzung vom 20. März stand der Gesundheitsbericht 2016 im Zentrum. In der Debatte war viel Unbehagen zu spüren. Dies hatte damit zu tun, dass der Bericht hauptsächlich die nationale Gesundheitspolitik thematisiert und der kantonalen Gesundheitsversorgung nur marginalen Platz einräumt. Das genüge nicht, fand eine Mehrheit des Rates, die sich angesichts des angeschlagenen Spitalverbunds offensichtlich mehr erhofft hatte und dies auch zum Ausdruck brachte. FDP und SVP plädierten für Nichtgenehmigung. Für Zustimmung sprachen sich CVP und SP sowie die Parteiunabhängigen aus. Landammann Matthias Weishaupt, aus dessen Departement der Bericht stammt, warb ebenfalls für die Genehmigung. Der Kantonsrat verweigerte diese mit 33 Nein- zu 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. – Auf eine Interpellation von CVP-Kantonsrat Marcel Hartmann, Herisau, der sich zur Strategie des Regierungsrates bei einem allfälligen Verdacht auf geplante Versammlungen rechtsextremer Kreise in Appenzell Ausserrhoden erkundigte, erklärte Sicher-

heitsdirektor Paul Signer, dass die Regierung die Situation in Ausserrhoden «als nicht akut gefährlich» einschätze. Man sei aber wachsam, und Vermieter von grösseren Sälen würden durch die Kantonspolizei für die Problematik sensibilisiert. – In zweiter Lesung hat der Kantonsrat das Stipendiengesetz mit nur acht Gegenstimmen verabschiedet. Das totalrevidierte Gesetz sieht für die Ausrichtung von Stipendien eine Alterslimite von 40 Jahren vor und gewährt für Zweitausbildungen ausschliesslich rückzahlbare Darlehen, jedoch keine Stipendien. – Schliesslich setzte der Rat eine parlamentarische Kommission ein, die sich mit der Teilrevision des Baugesetzes befassen wird.

Die letzte Sitzung des Kantonsrats im Amtsjahr 2016/17 am 8. Mai war geprägt von der Debatte über das Millionendefizit in der Staatsrechnung 2016 und die besorgniserregende finanzielle Entwicklung im Spitalverbund. Die Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von knapp 4 Mio. Franken ab. Gegenüber dem Voranschlag beträgt die Abweichung rund 14,6 Mio. Franken. Der Sprecher der FDP-Fraktion bezeichnete den Abschluss als «besorgniserregend». Die Freisinnigen unterstützten die Massnahme der Regierung, bereits genehmigte Kredite von 6 Mio. Franken zu sistieren. Die SP zeigte sich beunruhigt über den starken Anstieg der Prämienverbilligungen. Sie forderte eine Steuererhöhung. Von Seiten der SVP-Fraktion wurden die fehlenden Lösungen in den seit längerem bekannten Problemfeldern wie dem Gesundheitswesen bemängelt. Für die Parteiunabhängigen sind weitere Massnahmen zur Gesundung der Staatsfinanzen nötig. Erwähnt wurde etwa eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Finanzdirektor Köbi Frei räumte einen gewissen Handlungsbedarf ein. Schliesslich genehmigte der Kantonsrat die Staatsrechnung 2016 einstimmig. – Bei der Behandlung des Berichts der Staatswirtschaftlichen Kommission (StwK) ging es vor allem um den kriselnden Spitalverbund. Die Kommission stellte fest, dass dessen Defizit weitgehend selbst verschuldet sei. Von den Regierungsräten stehen

Landammann und Gesundheitsdirektor Matthias Weishaupt sowie Finanzdirektor Köbi Frei in der Kritik. Frei gehörte von 2012 bis 2015 dem Verwaltungsrat an. Trotz der harschen Kritik zeigte sich das Parlament mehrheitlich milde gestimmt. Zwar gab es aus allen politischen Lagern kritische Voten, bis auf Hans-Anton Vogel, FDP, Bühler, forderte aber niemand personelle Konsequenzen. Auch der Regierungsrat forderte vom SVAR-Verwaltungsrat ein Sanierungskonzept, sagte Gesundheitsdirektor Matthias Weishaupt. – Trotz kritischer Wortmeldungen nahm der Rat vom Rechenschaftsbericht des Regierungsrats zustimmend Kenntnis.

Anlässlich der ersten Sitzung im Amtsjahr 2017/18 am *12. Juni* wurde der Herisauer SVP-Kantonsrat Florian Hunziker zum neuen Kantonsratspräsidenten gewählt. Er folgt auf den turnusgemäss abtretenden parteiunabhängigen Peter Gut, Walzenhausen. Neue Vizepräsidenten sind Beat Landolt, pu, Gais, und Katrin Alder, FDP, Herisau. – Geprägt war die Sitzung durch die unerwartete Rückweisung des kantonalen Registergesetzes und die damit verbundene Kritik an der Vorgehensweise von Landammann Paul Signer. Das Registergesetz regelt den Zugriff der kantonalen Amtsstellen und überkommunaler Stellen auf die Einwohnerdaten. Für Rückweisung sprachen sich FDP und SVP aus. Letztere kritisierten insbesondere das Vorgehen von Landammann Paul Signer. Dieser legte der parlamentarischen Kommission Änderungsvorschläge vor, nachdem der Regierungsrat den Gesetzesentwurf bereits verabschiedet hatte. – Zustimmung fand im Rat hingegen die Teilrevision der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr. Dieses sieht u. a. vor, dass Autonummern künftig wieder an direkte Nachkommen und Eheleute weitergegeben werden können. – Die in der kantonalen Pflegeheimplanung 2017 mittel- und langfristig angenommene Zahl von 1100 Plätzen sorgte für Diskussionen. Vor besonderen Herausforderungen in den nächsten Jahren stehen die Heime mit eingeschränktem Angebot. Der entsprechende

Bericht wurde vom Kantonsrat trotz kritischer Voten zur Kenntnis genommen. – Zum Sitzungsschluss wählte der Rat die vorberatende parlamentarische Kommission für das Gesetz über den Spitalverbund; sie wird von Hans-Anton Vogel, FDP, Bühler, präsidiert.

Anlässlich der Sitzung vom *25. September* behandelte der Kantonsrat eine Reihe wichtiger Geschäfte. Zu reden gab auch die SP-Initiative für mehr Steuergerechtigkeit. Die Initiative verlangt, dass Steuerzahler mit tiefen Einkommen entlastet, Personen mit hohen Einkommen höher belastet werden. Finanzdirektor Köbi Frei warnte vor dem Wegzug finanzstarker Personen und plädierte für einen indirekten Gegenvorschlag der Regierung. Dabei dachte er an die anstehende Steuergesetzrevision. Letztlich folgten die Kantonsräte dem Antrag der Regierung und lehnten die SP-Initiative mit 36 zu 22 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Das letzte Wort werden die Stimmberchtigten an der Urne haben. – Mit einem Ja zur Totalrevision der Kantonsverfassung folgte der Kantonsrat in zweiter Lesung dem Antrag des Regierungsrates. Für alle Fraktionen unbestritten ist der Handlungsbedarf. Unter anderem sollen die Gemeindestrukturen und das Wahlrecht für den Kantonsrat überarbeitet werden. Die Stimmberchtigten werden an der Urne den Grundsatzentscheid über die Totalrevision fällen. – In erster Lesung stimmte der Rat mit 48 zu 13 Stimmen einer Teilrevision des Gemeindegesetzes zu. Wesentlichste Änderung gegenüber der heutigen Regelung ist, dass Personen auch dann ins Gemeindepräsidium gewählt werden können, wenn sie zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht in der Gemeinde wohnen. Bei Amtsantritt ist die Wohnsitznahme in der Gemeinde aber zwingend. – Mit nur einer Gegenstimme genehmigte der Kantonsrat das Energiekonzept 2017–2025. Hauptziele des Konzepts sind: Senkung des Pro-Kopf-Energieverbrauchs, Erhalt der Stromproduktion aus Wasserkraftwerken sowie Verdoppelung neuer erneuerbarer Energien auf 32 GWh. Die Kosten für die Fördermassnahmen betragen rund 2,5 Mio. Franken pro Jahr. Eine Million muss der



1

2

Kanton übernehmen, vom Bund gibt es einen Sockelbeitrag von 1,1 Mio. Franken. Die Stossrichtung des Energiekonzepts wurde, trotz kritischer Voten zur Finanzierung, allseits unterstützt. – Die Teilrevision des Pensionskassengesetzes hat das Ziel, die Stabilität der Kasse auch bei einer anhaltenden Tiefzinsphase und der steigenden Lebenserwartung zu erhalten. Konkret ging es um einen Arbeitgeberbeitrag des Kantons von 6 Mio. Franken, der die Folgen der Senkung des Umwandlungssatzes für die Arbeitnehmer mildern soll. Nachdem ein SVP-Antrag auf Halbierung des Arbeitgeberbeitrags ebenso erfolglos blieb wie die von der FDP geforderte Rückweisung, setzte sich der Antrag der Regierung für einen Beitrag von 6 Mio. Franken in erster Lesung mit 32 zu 28 Stimmen knapp durch.

Mit der in der Kantonsratssitzung vom 30. Oktober mit 53 Ja zu 8 Nein bei 2 Enthaltungen in erster Lesung verabschiedeten Teilrevision des Spitalverbundgesetzes werden die Betriebsstandorte Herisau und Heiden aus dem Gesetz gestrichen (Abb. 4). Damit ist das Parlament dem Vorschlag des Regierungsrats gefolgt und räumt dem Verwaltungsrat des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden (SVAR) mehr unternehmerischen Spielraum ein. Gesundheitsdirektor Matthias Weishaupt betonte, dass die Streichung der Standorte aus dem Gesetz nicht gleichbedeutend sei mit der Schliessung eines Standortes. Insbesondere die FDP und die SVP sprachen sich für die Streichung der Standorte aus dem Gesetz aus. Die SP unterstrich die volkswirtschaftliche Bedeutung des

SVAR für den Kanton und kündigte ein Behördenreferendum an. Im revidierten Gesetz wird auch festgehalten, dass die Regierung ein Mitglied in den Verwaltungsrat delegiert. – Bei der Beratung des revidierten Baugesetzes sorgte der Artikel für Diskussionen, mit dem die Erneuerung von mehreren grösstenteils bereits überbauten Grundstücken gefördert werden soll. Dieses Instrument der Innenentwicklung sieht auch ein Enteignungsrecht vor. Von freisinniger Seite aber auch von der SP wurde die Streichung des entsprechenden Absatzes verlangt. Obwohl sich Baudirektor Dölf Biasotto für den regierungsrätlichen Vorschlag einsetzte, wurde der Streichung des Enteignungsrechts zugestimmt. In der Folge gab auch die vorgesehene Mehrwertabschöpfung bei Aufzonen, Umzonungen und Sondernutzungsplänen zu reden, ein entsprechender Streichungsantrag fand jedoch keine Mehrheit. Der Rat stimmte dem Baugesetz in erster Lesung mit 59 Ja- und 4 Nein-Stimmen zu; ein Rückweisungsantrag scheiterte. – Eng verbunden mit dem Baugesetz sind die Nachführungen 2015 des kantonalen Richtplans. Mit diesem wird ein Bevölkerungswachstum auf 60 000 Einwohnerinnen und Einwohner bis 2040 angestrebt. Sieben Gemeinden müssen insgesamt 12,6 Hektaren Bauland auszonen. Der Kantonsrat genehmigte die Nachführungen des Richtplans. – Abschliessend nahm der Kantonsrat einen Bericht über das Funktionieren des kantonalen Finanzausgleichs zur Kenntnis. Finanzdirektor Köbi Frei kündigte eine Revision des Finanzausgleichsgesetzes an.



Zur allgemeinen Überraschung hat der Kantonsrat an seiner Sitzung am *4. Dezember* bei Beratung des Budgets 2018 die Steuern für natürliche Personen erhöht. Der Rat folgte damit einem Antrag der Parteiunabhängigen, die erst für 2019 geplante Steuerfusserhöhung von 3,2 auf 3,3 Einheiten vorzuziehen. Finanzdirektor Köbi Frei wehrte sich gegen den Antrag. Die Befürworter der vorgezogenen Steuererhöhung argumentierten, es gebe angesichts der Finanzlage keinen Grund, das Budget nicht schon jetzt aufzubessern. Der Antrag wurde mit 32 gegen 31 Stimmen angenommen, dies dank einiger Abweichler in der FDP-Fraktion. In der Budgetdebatte wurde ein SP-Antrag, für die Verbilligung der Krankenkassenprämien 700 000 Franken mehr zu bewilligen, abgelehnt. Knapp abgelehnt wurde auch ein SP-Antrag, die Beiträge zur Unterstützung von Photovoltaikanlagen und Speicherbatterien um 500 000 Franken zu erhöhen. Das budgetierte Defizit reduzierte sich dank der Steuerfusserhöhung von 9,9 Mio. auf 5,6 Mio. Franken. – Der Kantonsrat nahm auch den Finanz- und Aufgabenplan für 2018 bis 2021 zur Kenntnis. Demnach soll 2020 nach fünf defizitären Jahren in Folge erstmals wieder ein operatives Plus resultieren. 2021 gäbe es aber bereits wieder ein Minus. – Unbestritten blieb im Kantonsrat die Leistungsvereinbarung mit der Appenzellerland Tourismus AG. Diese erhält von 2018 bis 2021 jährlich 390 000 Franken für kollektive Aufgaben zu Gunsten der Tourismusdestination. – Die Teilrevision des Gemeindegesetzes wurde in zweiter Lesung mit 60 Stimmen sowie

einer Enthaltung angenommen. Für das Gemeindepräsidium ist damit auch wählbar, wer bei der Wahl noch nicht Wohnsitz in der Gemeinde hat. Diese kantonale Regelung gilt für alle Gemeinden.

Staatsrechnung 2017

Das Gesamtergebnis der Staatsrechnung 2017 weist einen Ertragsüberschuss von 4,4 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr fällt das Ergebnis um 8,3 Mio. Franken besser aus. Das budgetierte Ziel konnte hingegen nicht erreicht werden. Gründe dafür sind Mehrkosten bei der individuellen Prämienverbilligung und Spitalfinanzierung sowie Mindereinnahmen bei den Staatssteuern. Ein Grund für die Budgetabweichung ist die Wertberichtigung von 7,6 Mio. Franken an der Beteiligung am Spitalverbund

Abbildungen

Wo nicht anders vermerkt, stammen die Abbildungen aus dem Archiv der Appenzeller Zeitung (APZ) oder vom Chronisten Jürg Bühler.

1 Der neu gewählte Regierungsrat Dölf Biasotto, FDP, nimmt die Gratulation von Ehefrau Marie-Theres entgegen.

2 Paul Signer, FDP, übernimmt das Landammann-Amt von Matthias Weishaupt, SP.

3 Die Ausserrhoder Regierung ist nach der Wahl von Dölf Biasotto, FDP, als Nachfolger von Marianne Koller-Bohl, FDP, wieder komplett.

4 Fragen rund um die Spitallandschaft im Kanton gaben weiterhin viel zu reden. Im Bild das Spital Heiden.



Appenzell Ausserrhoden (SVAR). Mit dem Jahresergebnis erhöht sich der Bilanzüberschuss von 21,2 Mio. Franken Ende 2016 auf 25,5 Mio. Franken Ende 2017. Der Selbstfinanzierungsgrad hat sich mit 67,8 Prozent zwar deutlich verbessert, liegt aber weiterhin unter der Zielsetzung des Regierungsrates. Trotz der gegenüber 2016 verbesserten Ausgangssituation geht der Regierungsrat davon aus, dass zur Stabilisierung des Haushalts weiterhin zusätzliche Massnahmen notwendig sind.

Gegenüber dem Voranschlag ist bei den Steuererträgen und den Anteilen an den direkten Bundessteuern und Verrechnungssteuern ein Mehrertrag von 0,2 Mio. Franken zu verzeichnen. Mit Einnahmen in der Höhe von 142,7 Mio. Franken wurde bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 5,8 Prozent erzielt. Bei den Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen konnte mit Steuereinnahmen von 13 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2016 sogar ein Wachstum von 8,5 Prozent erzielt werden. Der Personalaufwand fällt mit 92,9 Mio. Franken um 0,3 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Im Vergleich zum Voranschlag sind – was nicht direkt mit dem SVAR zu tun hat – auch die Kosten im Bereich der Gesundheitsversorgung höher ausgefallen; insbesondere die Mehrkosten bei der Spitalfinanzierung (2,9 Mio. Franken) und der Verbilligung der Krankenversicherungsprämien (1,8 Mio. Franken) fallen ins Gewicht.

Im Jahr 2017 investierte der Kanton gesamthaft 39,3 Mio. Franken. Diesen Bruttoinvestiti-

onen stehen Einnahmen von 9,6 Mio. Franken gegenüber. Die daraus resultierenden Nettoinvestitionen von 29,7 Mio. Franken fallen gegenüber dem Voranschlag um 3,8 Mio. Franken höher aus. Dies liegt grösstenteils daran, dass zusätzliche Darlehen an kantonale Betriebe gewährt wurden. Zu den wichtigsten Investitionsprojekten im Kanton gehören der Strassen- und Wasserbau, die Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen, die neue IT-Lösung der Steuerverwaltung sowie der Umbau des Konvikts der Kantonsschule Trogen.

Volkswirtschaft

Die Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt hat sich 2017 leicht entspannt. Im Durchschnitt waren 917 Stellensuchende beim RAV gemeldet, vier Prozent weniger als im Vorjahr. Erfreulich ist, dass die Jugendarbeitslosenquote (Altersklasse 15 bis 24) erstmals während des ganzen Jahres unter der allgemeinen Arbeitslosenquote über alle Altersklassen blieb. Mit durchschnittlich 1,5 Prozent lag sie auch weit unter dem schweizerischen Wert von 3,1 Prozent. Nach wie vor nicht optimal gelöst ist der Umgang mit Personen, die aus gesundheitlichen Gründen arbeitslos gemeldet sind und ein Anrecht auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben. – Im Dezember hat der Kantonsrat den Leistungsauftrag 2018–2021 für die Appenzellerland Tourismus AG genehmigt. Mit dem Leistungsauftrag wird die kantonale Tourismusorganisation beauftragt, zugunsten der Leistungsträger eine Basisinfrastruktur für die generelle Vermarktung der Tourismusdesti-



8



9

nation Appenzell Ausserrhoden sicherzustellen sowie die geschäftsfeldbasierte Gestaltung und Vermarktung von touristischen Angeboten als Organisator und Koordinator weiterzuentwickeln.

Standortförderung. Die Zusammenarbeit und der gemeinsame Auftritt in der internationalen Standortpromotion mit den Ostschweizer Kantonen St. Gallen, Thurgau und Appenzell Innerrhoden als «St.GallenBodenseeArea» hat sich für Appenzell Ausserrhoden bewährt. Zusammen mit den Nachbarkantonen wurde zum vierten Mal der Sprungbrett-Event «Pro-Ost» organisiert. Diese Veranstaltungen geben jungen Professionals eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz und sollen gleichzeitig die hohe Lebensqualität der Region aufzeigen. Seit dem 1. Januar ist die Standortförderung für die Förderung von Arealentwicklungen verantwortlich. So konnten beispielsweise beim Bahnhof Trogen das Baugesuchs eingereicht, im Sandbühl Herisau Detailierungen des Vorprojekts gemacht und die Arealentwicklung Waldstatt West einen entscheidenden Schritt vorangetrieben werden. Die Anfragen für Gewerberäume und Bauland nahmen wieder zu. Allerdings ist das Angebot an Räumlichkeiten sowie an verfügbarem Bauland im Kanton äusserst gering. Zur Netzwerkpflege wurden verschiedene Veranstaltungen wie «Beste Köpfe» oder – zusammen mit der Steuerverwaltung – Mittagsveranstaltungen mit regionalen Mittlern und Treuhändern organisiert.

Landwirtschaft. Der spärlich gefallene Schnee von Anfang Januar blieb dank den kalten Temperaturen liegen. Die Monate Februar und März waren überdurchschnittlich mild und trocken. Der milde Frühling bewirkte, dass die Vegetation zwei Wochen im Vorsprung war. Die Kälte in den Nächten nach dem 19. April und der Schneefall Ende April richteten erhebliche Schäden an den blühenden Obstbäumen und Reben an. Der warme Sommer mit genügend Niederschlägen bewirkte eine gute und reiche Ernte. Heftige Gewitter brachten lokal Überschwemmungen und Hagel. Der August war aussergewöhnlich heiss. Der Herbst mehrheitlich mild und sonnig. Das Vieh konnte lange geweidet werden. Der Dezember war sonnenarm und niederschlagsreich. – Im heissen Som-

Abbildungen

5 Kirchenratspräsident Koni Bruderer und Bischof Markus Büchel anlässlich des Jubiläums 500 Jahre Reformation im Gespräch in der Kirche Trogen.

6 Die Arbeiten an der Neubaustrecke der Appenzeller Bahnen mit dem Ruckhalde-Tunnel kommen planmäßig voran.

7 Kulturpreisträgerin Helen Meier bei ihrer Rede in der Kirche Trogen. (Foto: Hannes Thalmann)

8 Acht Museen in Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen widmeten sich mit der gemeinsamen Sonderausstellung «iigfäddlet» verschiedenen Aspekten der Ostschweizer Textilgeschichte.

9 Die Kunstschaaffenden, die von der Ausserrhodischen Kulturstiftung mit einem Werkbeitrag ausgezeichnet worden sind.

mer lag der Schweinepreis über sechs Wochen auf dem Jahreshöchstpreis von 4.20 Franken/Kilo. Trotz guter Nachfrage war kein Preisaufschlag möglich. Der saisonale Preiseinbruch blieb anfangs Jahr bei den gehandelten Milchkühen aus, weil die guten Schlachtviehpreise auch den Nutzviehmarkt stützten. Als Folge des anhaltend tiefen Michpreises gingen die Milchviehbestände weiter zurück. Die Produktion von Bankvieh war gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent gestiegen. Für das Bankschlachtvieh wurden ebenfalls höhere Preise bezahlt. Der Kalbfleischpreis lag im Jahresvergleich leicht höher. Die Nachfrage nach Lammfleisch war gut. Die Inlandproduktion nahm um zwei Prozent ab. Der Inlandanteil bei den Eiern lag bei über 60 Prozent, und bei den Poulets wurde diese Marke fast erreicht. Die Milchmengenentwicklung im zweiten Semester 2017 lag leicht über der Vorjahresmenge, obwohl der Kuhbestand rückläufig war. Der Milchpreis erreichte ein existenzbedrohend tiefes Niveau. Die Branchenorganisation Milch erhöhte Mitte August den Richtpreis für A-Milch um drei Rappen auf 68 Rappen pro Kilogramm Milch. – Insgesamt wurden 2017 Direktzahlungsbeiträge von 34,38 Mio. Franken (Vorjahr 34,55) an 603 Betriebe (617) und 107 Sömmerrungsbetriebe (109) ausbezahlt. Die Landschaftsqualitäts- und die Vernetzungsbeiträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent auf 2,23 Mio. Franken. Die Zahl der Betriebe im Landschaftsqualitätsprogramm inkl. Sömmerrungsgebiet nahm um sieben auf 520 Betriebe zu. Die Anzahl der Bio-Betriebe hat um neun auf 118 zugenommen. Die Anforderungen an die Tierwohlprogramme der tierfreundlichen Stallhaltung erfüllten 243 Betriebe (241) und jene, die für regelmässigen Auslauf im Freien sorgen, erfüllten 566 Betriebe (572). Die Beitragsskürzungen wegen Nichteinhaltung der Vorschriften verringerten sich auf 62 000 Franken.

Inneres und Sicherheit

Die verschiedenen Gesetzesvorlagen waren Ende 2017 unterschiedlich weit fortgeschritten: Während sich das Polizeigesetz in der internen

Überarbeitung befand, wurde das Registergesetz nach Rückweisung einer ersten Vorlage erneut zuhanden der Legislative verabschiedet. Auch das kantonale Datenschutzgesetz soll so rasch wie möglich revidiert werden. Die Stiftungsaufsicht verbleibt im Departementssekretariat, da die Vernehmlassung eine deutliche Opposition gegen eine Auslagerung ergab. Eine Teilrevision des Justizgesetzes konnte wegen beschränkter Ressourcen noch nicht in Angriff genommen werden. Die interkantonale Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen wie beispielsweise der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten, der Alarmierung der Blaulichtorganisationen, im Zivilschutz oder im Straf- und Massnahmenvollzug wird immer wichtiger. Grösste Herausforderung dabei ist, die Ausserrhoder Bedürfnisse mit jenen der Nachbarkantone abzustimmen. – Im Berichtsjahr wurde erstmals seit langem ein Rückgang der Neueingänge bei den Strafverfahren registriert. Die Arbeitsbelastung der Staatsanwaltschaft sank deswegen nicht, denn verschiedene Vorgaben von Gesetzgeber und Rechtsprechung haben zu einem zeitlichen und finanziellen Mehraufwand geführt. Ein Ereignis im Berichtsjahr beanspruchte die Strafverfolgungsbehörden äusserst stark: Die Schiesserei in Rehetobel am 3. Januar. Die Aufarbeitung des Vorfallen war personenintensiv. Damit fehlten vorübergehend Ermittlungsbeamte, um die anderen Strafuntersuchungen im gewohnten Rahmen voranzutreiben. Gerade bei Grossereignissen zeigt sich die Anfälligkeit des Kantons mit seinen relativ beschränkten personellen Ressourcen. Staatsanwaltschaft und Polizei stossen auch bei der Bearbeitung von komplexen Delikten aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität und der Cyberkriminalität an ihre Grenzen. Um die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen bei der Verbrechensbekämpfung zu meistern, sind einerseits die eigenen Strukturen vernünftig auszubauen; andererseits ist es wichtig, sich an regionalen und nationalen Zentren zu beteiligen. – Die Zahl der neu eingegangenen Strafverfahren ist erstmals seit Jahren gesunken. Es wur-

den 3833 neue Verfahren registriert. Gewaltdelikte haben leicht ab- und Drogendelikte leicht zugenommen. Im Jugendstrafverfahren ging die Zahl der Neueingänge auf 162 Verfahren wieder leicht zurück. Bei den Straftaten, welche Jugendliche verüben, handelt es sich vor allem um Bagatelldelikte. Unverändert hoch ist die Zahl jener Delinquenten, die einer zusätzlichen Abklärung und Betreuung bedürfen. Der Rückgang der von Jugendlichen verübten Delikte ist auch auf die präventive Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden zurückzuführen, da die betroffenen Institutionen wie KESB, Schulen, Gemeinden und Kanton gut vernetzt sind und zusammenarbeiten.

Gerichtswesen. Beim Obergericht war mit 12 Neueingängen bei den Zivilprozessen eine leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr (9) zu verzeichnen; bei den Strafprozessen verharrten sie mit 38 (39) neuen Fällen fast auf dem hohen Vorjahresniveau. Mit 7 (15) Neueingängen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes sank die Zahl auf die Hälfte der Vorjahre. Im Verwaltungsrecht war mit 125 (107) neuen Verfahren bei den Abteilungen eine Zunahme zu verzeichnen. Bei den Einzelrichtern des Obergerichts gingen in den Bereichen Zivil- und Strafrecht insgesamt lediglich 46 (84) neue Verfahren ein; im verwaltungsrechtlichen Bereich waren es deren 69 (80). Erledigt wurden im Berichtsjahr 12 Abteilungsfälle im Zivil- und 34 im Strafrecht sowie 12 Kindes- und Erwachsenenschutzfälle. Verwaltungsrechtliche Abteilungsfälle wurden 97 abgeschlossen. Ferner erledigten die Einzelrichter 28 Verfahren aus den Bereichen Zivil- und Strafrecht sowie 71 Verfahren aus dem Verwaltungsrecht. – Bei den Zivilabteilungen des Kantonsgesprichts blieben die Neueingänge mit 144 (Vorjahr 145) praktisch gleich. Dasselbe gilt mit insgesamt 66 (68) Neueingängen bei den Strafprozessen; davon entfielen 7 auf die Abteilungen und 59 auf die Einzelrichter. Beim Jugendgericht gingen im Berichtsjahr lediglich 2 (1) neue Verfahren ein. Bei den einzelrichterlichen Zivilfällen ist mit 1181 (1086) Neueingängen eine leichte Zu-

nahme zu verzeichnen. Im Berichtsjahr wurden 142 Abteilungsfälle im Zivilrecht und deren 6 im Strafrecht erledigt. Die Einzelrichterin und Einzelrichter erledigten 1152 zivil- und 57 strafrechtliche Verfahren. – Bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs verdoppelte sich praktisch die Geschäftslast mit 17 Neuzugängen gegenüber dem Vorjahr (9). Erledigt werden konnten im Berichtsjahr 17 Verfahren. Bei den Betreibungsämtern erreichten die Eingänge bei den Zahlungsbefehlen mit 13 323 (13 171) einen erneuten Höchststand. Bei den Konkursamtszweigstellen waren im Berichtsjahr 105 (Vorjahr 119) neue Konkurse eingegangen; sie lagen damit im Durchschnitt der letzten Jahre. – Mit 240 (252) neuen Begehren war bei den Vermittlerämtern im Berichtsjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Erledigt wurden in den drei Vermittleramtskreisen 241 Fälle. Die Erfolgsquote betrug hohe 65 Prozent.

Strafanstalt Gmünden. Im Jahr 2017 lag die Auslastung im offenen Vollzug in der Strafanstalt Gmünden bei 92,7 Prozent. Während des ganzen Jahres war die Nachfrage nach Plätzen im offenen Vollzug (Strafanstalt) stabil hoch. Auch im kantonalen Gefängnis war die Auslastung gut. Dies war auch darauf zurückzuführen, dass neu Frauen für kurze Freiheitsstrafen aufgenommen wurden. Die neun Plätze im Spezialvollzug waren während des ganzen Jahres sehr gut ausgelastet. Dieses Angebot wird von den einweisenden Behörden auf Grund der guten Betreuung der Gefangenen durch einen Sozialpädagogen sehr geschätzt. Der Abwärtstrend in den Werkstätten konnte gestoppt werden. Dies war einerseits dank neuen Produkten möglich; andererseits wurde die Vergütung für Produkte, die nicht kostendeckend sind bzw. keinen Gewinn abwerfen, neu verhandelt. Erstmals in der Geschichte der Strafanstalt wird in den Werkstätten eine Arbeitsagogin beschäftigt. Die Zahl der Ein- und Ausritte lag 2017 höher als in den Vorjahren. Die Betreuung der zahlreichen psychisch und physisch angeschlagenen Gefangenen war herausfordernd.

Kriminalstatistik. Appenzell Ausserrhoden ist im gesamtschweizerischen Vergleich in Bezug auf die Kriminalität ein sicherer Kanton. Die Aufklärungsquote aller Straftaten liegt bei 67,7 Prozent. Die Gesamtzahl der Straftaten nach StGB liegt für das Jahr 2017 bei 1568, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um neun Prozent gleich kommt. Mit 38,5 Prozent waren Vermögensdelikte am häufigsten. Bei den Gewaltstraftaten wurde eine Abnahme von 15 Prozent auf 152 Straftaten verzeichnet. Die schwere Gewalt stieg um zwei auf neun Straftaten an, dazu kommen sechs versuchte Tötungsdelikte. Die Aufklärungsquote aller Gewaltstraftaten ist mit 90,1 Prozent erneut erfreulich hoch. Bei den Straftaten gegen die sexuelle Integrität weist die Statistik eine Zunahme um drei auf 27 Delikte aus. Vergewaltigungen wurden zwei, sexuelle Nötigungen eine und sexuelle Belästigungen sieben zur Anzeige gebracht. Die Aufklärungsquote aller Straftaten gegen die sexuelle Integrität lag bei 81,5 Prozent. Die Straftaten gegen das Vermögen haben mit 603 (Vorjahr 672) erneut abgenommen. Die Zahl der Diebstähle (ohne Fahrzeuge) verringerte sich auf 214 (281). Die Zahl der registrierten Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz ist von 170 im Vorjahr auf 136 erneut zurückgegangen.

Unfallstatistik. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle 2017 um 36 auf 418 Unfälle gestiegen. Letztmals registrierte die Kantonspolizei im Jahr 2013 mehr als 400 Verkehrsunfälle. Die häufigsten Unfallursachen sind nach wie vor auf nichtangepasste Geschwindigkeit und das Missachten des Vortrittsrechts zurückzuführen. Die Anzahl Fahrradunfälle blieb im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert. Die Anzahl der Schwerverletzten sank gegenüber dem Vorjahr um zehn auf 18 Personen. Erfreulich ist die Tatsache, dass auf Ausserrhoder Strassen auch 2017 keine Todesopfer zu beklagen waren. Insgesamt musste die Kantonspolizei zu 52 (55) Wildunfällen ausrücken. Betroffen waren 43 Rehe, sechs Dachse, zwei Füchse und ein Hirsch.

Jagdstatistik. Im Rahmen der Rehwildjagd wurden 391 Tiere erlegt. Dies entspricht 83 Prozent des Abschussplanes. Das schöne Wetter im Oktober und die aussergewöhnlich gute Pilz- und Beerensaison führten dazu, dass in den Lebensräumen der Wildtiere viel Betrieb durch Erholungssuchende herrschte. Dies beeinträchtigte auch den Jagderfolg. Trotzdem konnten im Kanton gut vier Fünftel des Sollabschusses erreicht werden. Da die Wildschäden in diesem Jahr tragbar sind, muss der Abschussplan beim Rehwild nicht vollständig erreicht werden. Auf der Hochjagd wurden 47 Stück Rotwild (Hirsche) und zehn Gämsen erlegt. Damit sind die Abschussziele erreicht worden.

Bauen und Umwelt

Ziel des revidierten eidgenössischen Raumplanungsgesetzes ist es, die Siedlungen nach innen zu entwickeln sowie überdimensionierte Bauzonen zu verkleinern und Bauzonen dorthin zu verschieben, wo sie gebraucht werden. Diesem Auftrag ist der Regierungsrat nachgekommen und hat die Nachführung des Richtplans 2015 sowie die damit verflochtene Teilrevision des Baugesetzes zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Dieser hat im Oktober die Richtplannachführung genehmigt und der Baugesetzrevision nach intensiver Auseinandersetzung in erster Lesung zugestimmt. Die mit der Baugesetzrevision im Zusammenhang stehenden Postulate «Ortsbildschutzzonen überprüfen» und «Bauen konkret fördern» wurden vorgängig im Kantonsrat beantwortet und abgeschrieben. Der Kantonsrat hat dem Energiekonzept 2017–2025 klar zugestimmt. In Anlehnung an die Ziele der Schweizer Energiestrategie 2050 sollen der Energieverbrauch im Kanton bis 2025 deutlich gesenkt und die Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien massgeblich ausgebaut werden. Das Berichtsjahr war auch geprägt durch die Übergabe des Departements Bau und Volkswirtschaft von alt Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl an den neu gewählten Regierungsrat Dölf Biasotto.

Raumentwicklung. Die kantonalen Stellen Raumentwicklung und Tiefbau stellten im August den Prüfbehörden in Bern das Agglomerationsprogramm vor. Dabei konnten Fragen geklärt und Schlüsselemente des Programms erläutert werden, so z. B. der Herisauer Bahnhofplatz mit neuem Bushof oder der Umbau der Schwänlikreuzung in Herisau. Bei der vom Kantonsrat genehmigten Nachführung des kantonalen Richtplans lag der Fokus auf der kompletten Überarbeitung des Themas Siedlung. Neu legt der Richtplan fest, wie gross die Siedlungsflächen im Kanton insgesamt sein dürfen und wie diese auf die Gemeinden verteilt werden. Nach Rechtskraft des Richtplans sind die Gemeinden gefordert, ihre Ortspläne betreffend Grösse und Lage der Bauzonen sowie Innenentwicklung den neuen Vorgaben anzupassen. Nach wie vor ist eine Vergrösserung der Bauzonen aufgrund des Raumplanungsgesetzes nicht möglich, und die Gemeinden sind gezwungen, sich vermehrt nach innen zu entwickeln.

Tiefbau. Die Arbeiten für die Modernisierung der Appenzeller Bahnen in Teufen, die Umsetzung der zweiten Generation der Lärmsanierungsprojekte entlang der Kantonsstrassen sowie die Unwetterfolgen Anfang September im Mittel- und Vorderland waren Schwerpunkte im Bereich Tiefbau. Hinzu kamen nicht alltägliche Aufgaben wie die Montage der Suizidpräventionsnetze an der Hundwilertobelbrücke. Im Netzbeschluss des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds ist auch die Nationalstrasse A25 mit dem Strassenzug Winkeln-Herisau-Appenzell enthalten. Ende Jahr wurden die Pläne für die Gesamterneuerungen mit Gestaltung der Ortsdurchfahrten Schwellbrunn und Urnäsch öffentlich aufgelegt. Im Abstimmungskampf um den Kurztunnel in Teufen war das Tiefbauamt als Eigentümer der Kantonsstrassen involviert. Ende Mai lehnten die Teufner Stimmberchtigten das Anliegen ab. Parallel dazu wurde der Umbau des Bahnhofareals und der Bahnhofkreuzung vorangetrieben, sodass im Sommer die Planauflage erfolgen konnte.

Gesundheit und Soziales

In den Bereichen Gesundheit und Soziales war 2017 geprägt von zahlreichen ausserordentlichen Ereignissen. Stichworte dazu: Defizit und unklare Zukunft des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden (SVAR), Planung des Asyldurchgangszentrums in Walzenhausen und eine Hofräumung in Wolfhalden. Nichtsdestotrotz wurden Revisionen des Gesundheitsgesetzes, des Spitalverbundgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Kindes- und Erwachsenenschutzrecht) zuhanden der Vernehmlassung oder des Kantonsrates verabschiedet. Das Departement Gesundheit und Soziales ist in besonderer Weise betraut mit der Aufsicht über Spitäler und Heime, Gesundheitsorganisationen und -personen, Lebensmittelsicherheit oder Tierhaltung. Beim Vollzug zeigt sich, dass vor allem Einzelfälle zeitaufwändig sind. Bei unmittelbarer persönlicher Betroffenheit der Beaufsichtigten besteht dabei ein erhöhtes Konfliktpotential, insbesondere in den Bereichen des Kindes- und Erwachsenenschutzes, der Lebensmittelkontrolle und des Veterinärwesens.

Spitalverbund. Obwohl der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden seine finanzielle Situation leicht verbessern konnte, prägten Diskussionen rund um die Zukunft und Ausrichtung des Spitalverbunds bzw. des Spitals Heiden das Berichtsjahr. Nach einer Strategieänderung des Verwaltungsrats des Spitalverbunds kündigten fast alle Ärzte der Frauenklinik am Spital Heiden. 45 von 280 Mitarbeitenden erhielten die Kündigung. Das löste Unruhe aus, Spitalverbund und Regierungsrat mussten massive Kritik einstecken. Im Juli gab der Verwaltungsrat bekannt, dass dem Spital Heiden Zeit bis 2021 eingeräumt werde, um die nötigen Zahlen zu erwirtschaften. Der Regierungsrat schlug im Rahmen der Teilrevision des Spitalverbundgesetzes vor, künftig auf die Nennung von Spitalstandorten zu verzichten. Der Kantonsrat stimmte in erster Lesung zu. Das Defizit des Spitalverbunds konnte dank einer Produktivi-

tätssteigerung, einer verstärkten Zusammenarbeit der beiden Akutspitäler in Heiden und Herisau, einer strikten Kostenkontrolle und eines optimierten Mittel- und Ressourceneinsatzes von knapp 9 Mio. Franken im Vorjahr auf rund 4 Mio. Franken reduziert werden. – Am 1. März hat Paola Giuliani ihre Aufgabe als CEO des Spitalverbunds angetreten. Sie ersetzte André Steiner, der den SVAR interimistisch seit September 2016 geführt hatte. Paola Giuliani hat als CEO auch den Vorsitz der Betriebsleitungen der beiden Spitäler in Heiden und Herisau sowie des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden übernommen.

Asylwesen. Nach der ausserordentlichen Migrationslage in den Vorjahren ist die Zahl der Asylgesuche 2017 um 36 auf 219 zurückgegangen. Vorläufig Aufgenommene waren 181 (141) registriert; insgesamt lebten 400 (398) Asylsuchende in Appenzell Ausserrhoden. Obwohl das Staatssekretariat für Migration seine Szenarien und Prognosen laufend anpasste, blieb die Situation aufgrund der unsicheren Entwicklungen in verschiedenen Herkunftsändern unberechenbar. Zwecks Optimierung der Kosten im Asylwesen sowie von internen Abläufen sind im Berichtsjahr Massnahmen umgesetzt worden. – Das neue Durchgangszentrum «Sonneblick» in Walzenhausen konnte nicht wie geplant im Berichtsjahr eröffnet werden. Das durch die Stiftung «Sonneblick» als Eigentümerin und vom Kanton als Mieter und Projektverfasser eingereichte Baugesuch wurde von der Baubewilligungskommission Walzenhausen Mitte August abgelehnt. Die Bauherrschaft hat dagegen Rekurs beim Departement Bau und Volkswirtschaft erhoben. Der Entscheid dieser Instanz stand noch aus.

Sozialhilfe. Die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik zeigten auch für Appenzell Ausserrhoden einen Anstieg der Sozialhilfequote (Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) von 2 auf 2,2 Prozent. Der Kanton lag damit unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt, wo die Sozialhilfequote 3,3 Prozent betrug. Die

Anzahl der durch die Gemeinden geführten Sozialfälle stieg von 728 (2015) auf 761 (2016); diese betrafen 1099 Personen.

Bildung

Bestimmende Themen im Bereich der Bildung waren die Einführung des neuen Lehrplans in der Volksschule und die Totalrevision der Stipendiengesetzgebung. Diese ist nun auf dem neusten Stand. Damit kam der Regierungsrat dem Bestreben nach, attraktive Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern und Jugendlichen zu fördern. Als Kanton ohne Hochschule unterstützte er damit den Zugang zur tertiären Bildung. Seit rund zehn Jahren steht eine Revision der Schulgesetzgebung zur Diskussion. Nachdem der Regierungsrat diese Arbeiten neu lanciert hatte, zeigte sich Ende 2017, dass der eingeschlagene Weg zu einer revidierten Schulgesetzgebung nicht zielführend war. Die Revision wird nun von Grund auf neu angegangen. Die in Appenzell Ausserrhoden seit zwei Jahrzehnten praktizierte integrative Schulung bedarf einer Optimierung. Eine Projektgruppe hat den Handlungsbedarf ermittelt und erste Massnahmen erarbeitet. – Zu Jahresbeginn besuchten 5476 Kinder (Vorjahr 5536) die Volksschule. Während die Zahl der Lernenden im Kindergarten und in der Primarschule zunahm, ging sie auf der Sekundarstufe zurück. Eine Sonderschule besuchten 112 Lernende (116). Von verstärkten Massnahmen in Regelklassen profitierten 40 Lernende (37). 37 Lernende (38) absolvierten die Volksschule im Rahmen des häuslichen Unterrichts. – Am 1. August führte Appenzell Ausserrhoden den neuen Lehrplan 21 ein. Das kompetenzorientierte Arbeiten mit dem neuen Lehrplan veränderte die Beurteilungspraxis. – 510 Lernende verließen im Sommer die Volksschule, davon haben weniger als ein Prozent noch keine Abschlusslösung. Zwei Drittel stiegen direkt in die Berufslehre ein. Etwas mehr als 17 Prozent wählten den Weg in eine weiterführende Schule, insbesondere an die Kantonsschule Trogen. Knapp 15 Prozent haben sich für ein einjähriges Brückenangebot entschieden.

Berufsbildung. Die Anzahl der neuen Lehrverträge sank gegenüber dem Vorjahr um mehr als sieben Prozent. Es wurden 504 neue Lehrverträge genehmigt (544). Der Gesamtbestand an Lehrverträgen blieb stabil und betrug 1379 (1358). Davon entfallen 1279 auf die berufliche Grundbildung mit eidg. Fähigkeitszeugnis und 100 auf die Ausbildung mit eidg. Berufsattest. Es wurden 436 Qualifikationsverfahren (Vorjahr 501) durchgeführt. 380 (424) Kandidaten haben das eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) erhalten, den eidg. Berufsattest (EBA) erwarben 56 (52) Kandidaten. Insgesamt bestanden 411 Lernende die Prüfung (476). Die Durchfallquote betrug somit 5,7 Prozent (5 Prozent). Die Anzahl der Lehrvertragsauflösungen ist von 103 auf 113 gestiegen. Damit liegen die Lehrvertragsauflösungen mit 8,2 Prozent auf einem Höchststand.

Kantonsschule. Im Juni überreichte die Kantonsschule 79 von 80 Kandidatinnen und Kandidaten das gymnasiale Maturazeugnis. In der Berufsfachschule Wirtschaft bestanden acht Lernende das Qualifikationsverfahren ganz oder teilweise. Drei Lernende hatten keinen Erfolg. Das Berufsmaturitätszeugnis erhielten vier Kandidatinnen und Kandidaten. 22 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulausweises erfolgreich ab. Zwei Lernende scheiterten. Die Schule händigte zudem vier Fachmaturitätsausweise Gesundheit/Naturwissenschaften, sieben Fachmaturitätsausweise Soziale Arbeit und neun Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus. – Beim Start zum Schuljahr 2017/18 verzeichnete die Kantonsschule 563 (585) Lernende (Gymnasium 323 / - 18; Wirtschaftsmittelschule und Berufsmaturität 26 / - 10; Fachmittelschule und Fachmaturität: 88 / - 1; Sekundarschule: 126 / + 7). – Am 1. August hat Marc Kummer seine Aufgabe als neuer Rektor der Kantonsschule angetreten. Sein Vorgänger Michael Zurwerra hatte die Schule Ende Februar verlassen. Von März bis Juli führte Prorektor Johannes Schläpfer die Schule ad interim.

Kirchliches

Das Jahr 2017 stand auch für die evangelisch-reformierte Landeskirche beider Appenzell ganz im Zeichen des Reformationsjubiläums. Mit dem Reformationsjubiläum wurde der Geburtsstunde der reformierten Kirche in der epochalen Wende des 16. Jahrhunderts gedacht. Höhepunkt der verschiedenen Aktivitäten in den Gemeinden war die grosse Eröffnungsveranstaltung am 7. Mai in Trogen. Nach Auftakt mit dem Gottesdienst mit Kirchenratspräsident Koni Bruderer und Bischof Markus Büchel (Abb. 5) fand auf dem Landsgemeindeplatz die Performance «Rauschen» statt, an der unter Leitung von Gisa Frank 100 Personen jeden Alters mitwirkten. – Die Synode hatte in zwei Lesungen das Sparpaket zu behandeln, das der Kirchenrat unter dem Titel «Finanzen – quo vadis» vorgelegt hatte. Aufgrund einer vertieften Analyse des Kirchenrats wurden bei verschiedenen Positionen Möglichkeiten gefunden, um Einsparungen zu erzielen. Der eingesparte Betrag von 120 000 Franken soll primär zur Deckung des strukturellen Defizits verwendet werden. Am meisten zu reden gab der beantragte Verzicht auf eine eigene Beratungsstelle für Ehe-, Familie- und Lebensfragen. Schliesslich einigte man sich auf eine Kooperation mit der Beratungsstelle in St. Gallen.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. Eine von der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Chur erstellte Studie hat die aus dem Tourismus resultierende Wertschöpfung für Appenzell Ausserrhoden gemessen. Der Anteil der touristischen Wertschöpfung an der Gesamtwertschöpfung erreicht heute 2,4 bis 3,7 Prozent. Die touristische Wertschöpfung hat damit gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2008 um rund 15 Prozent abgenommen. Monetär beträgt die Wertschöpfung der Ausserrhoder Tourismusbranche zwischen 38 und 58 Mio. Franken. Die Studie belegt damit die Wichtigkeit des Tagestourismus und widerspiegelt den Strukturwandel in der Hotelierie. Die Abnahme der touristischen Wertschöpfung widerspiegelt den Rückgang der

Übernachtungszahlen in der Hotellerie. Diese sanken um rund 23 Prozent von 160 780 Logiernächten (2008) auf 123 190 Logiernächte (2016). Der Rückgang fand vor allem in den Jahren 2009 bis 2012 statt. Seither sind die Übernachtungszahlen in der Hotellerie stabil. Die im Reka-Feriendorf Urnäsch generierten rund 53 000 Logiernächte sowie neue Übernachtungsformen wie z. B. Airbnb sind in den Statistiken nicht erfasst. Im Gegensatz zur Situation in der Hotellerie ist die Entwicklung bei den Tagesgästen positiv. Gemäss Schätzungen hat sich dieser Bereich gegenüber 2008 um rund vier Prozent gesteigert. Insgesamt dürften ungefähr 1,5 Mio. Tagesgäste Appenzell Ausserrhoden besucht haben. Entsprechend hat auch die Bedeutung der Tagesgäste für die touristische Wertschöpfung zugenommen. Gemäss den Erhebungen wurden zwei Drittel der direkten Wertschöpfung von den Tagesgästen ausgelöst, während rund ein Drittel von den Übernachtungsgästen ausging.

Appenzeller Bahnen. Die Appenzeller Bahnen (AB) haben ein ereignisreiches Geschäftsjahr 2017 erlebt. Die Modernisierung ist im vollen Gange und an diversen Orten auf dem Streckennetz gut sichtbar. Die Zahl der Reisenden ist von 5,05 auf 5,16 Mio. Fahrgäste leicht angestiegen. Die Erträge waren 2017 konstant, allerdings belasten Sonderabschreibungen im Zusammenhang mit der Erneuerung des Rollmaterials das Jahresergebnis. Die Erträge aus dem Personenverkehr stiegen leicht auf 11,5 Mio. Franken. Die Bereinigung des Fahrzeugparks machte, wie bereits 2016, Zusatzabschreibungen notwendig. Diese Sondereffekte führten letztlich zum ausgewiesenen Unternehmensverlust von 3,6 Mio. Franken, welcher in dieser Grössenordnung erwartet worden war. – Die Modernisierung der Appenzeller Bahnen schreitet zügig voran. Der Durchstich im Ruckhalde-Tunnel, dem grössten Infrastruktur-Projekt, fand planmässig im Juli 2017 statt. Das Grossvorhaben befindet sich erfreulicherweise terminlich und finanziell auf Kurs (Abb. 6). Die ersten neuen Fahrzeuge wurden ebenfalls frist-

gerecht ausgeliefert. Sie waren bereits für Testfahrten unterwegs, bevor sie ab Sommer 2018 im Fahrgastbetrieb eingesetzt werden. Für den Unterhalt der neuen elf Züge auf der Linie Trogen-St. Gallen-Appenzell wurde die Werkstatt Speicher umgebaut. Diese ist damit für die Instandhaltung der Tango-Fahrzeuge gerüstet, bis das Instandhaltungszentrum Appenzell fertiggestellt sein wird. – Ende Jahr haben die AB die Mercato-Shop AG mit acht Standorten an den Bahnhöfen Herisau, Urnäsch, Bühler, Appenzell, Gais, Teufen, Heiden und Walzenhausen an Geschäftsführerin Yvonne Grubenmann verkauft.

Säntis-Schwebebahn. Die Säntis-Schwebebahn AG blickt auf ein erfreuliches Geschäftsjahr 2017 zurück. Bei Einnahmen von rund 17,3 Mio. Franken resultiert ein Reingewinn von 2,8 Mio. Franken. Während sich «Säntis – das Hotel» auf der Schwägalp über mehr Übernachtungsgäste freuen konnte, wirkte sich der frühe Wintereinbruch auf die Frequenzen der Bahn negativ aus. Der Hotelbetrieb hat sich in der kurzen Zeit seit der Eröffnung Ende 2015 einen guten Ruf als Seminarhotel erworben. Dies verdeutlichen die 25 000 Logiernächte und die Zimmerauslastung von über 60 Prozent. Durch den frühen Winterbeinbruch im September gingen die Frequenzen bei der Säntis-Schwebebahn im Vergleich zum Vorjahr um 60 000 auf 350 000 Passagiere zurück. Dank einer erfreulichen Umsatzsteigerung beim Hotelbetrieb um eine Viertelmillion Franken sowie grosser Ausgabendisziplin in allen Bereichen erhöhte sich der Gewinn trotzdem leicht auf 2,8 Mio. Franken. Von den Gesamteinnahmen von 17,3 Mio. Franken entfallen im Geschäftsjahr rund 5 Mio. Franken auf den Verkehrsertrag. Die Gastronomie erbrachte 11,5 Mio. Franken, wobei der Anteil von «Säntis – das Hotel» allein 6,9 Mio. Franken ausmacht. Bei den Ausgaben von 14,5 Mio. Franken sind die Personalkosten mit 8,6 Mio. Franken sowie der Waren- und Sachaufwand mit 5,9 Mio. Franken die gewichtigsten Posten. Nachdem Hotel und Gastronomie auf der Schwägalp erneuert sind, sieht die

Strategie 2017–2021 grössere Veränderungen auf dem Säntisgipfel, inkl. Gastronomie, vor. Der Säntis soll als Wetterberg positioniert werden.

Kultur

Kulturpreis. Die in Trogen lebende Schriftstellerin Helen Meier ist im Rahmen einer öffentlichen Feier in der Kirche Trogen mit dem Kulturpreis 2017 des Kantons Appenzell Ausserrhoden ausgezeichnet worden (Abb. 7). Die 88-jährige Autorin wurde damit für ihr aussergewöhnlich reiches literarisches Werk gewürdigt. Der mit 25 000 Franken dotierte Preis wird seit 2008 alle zwei bis drei Jahre für herausragende künstlerische Leistungen vergeben. Helen Meier ist die fünfte Preisträgerin. Während vieler Jahre hatte sie als Sonderschullehrerin gearbeitet. Vergleichsweise spät trat sie 1984 mit ihrem ersten Buch «Trockenwiese» an die Öffentlichkeit. International bekannt wurde sie im gleichen Jahr durch den Gewinn des renommierten Ingeborg-Bachmann-Preises in Klagenfurt. Seither entstand ein umfangreiches und mehrfach preisgekröntes erzählerisches Werk. Dazu gehören Romane und zahlreiche Erzählbände sowie die dokumentarisch gefärbte, eng mit Trogen verbundene Erzählung «Adieu, Herr Landammann» (2001). Zuletzt erschienen unter dem Titel «Die Agonie des Schmetterlings» frühe Prosaarbeiten.

Verschiedenes. Im April wurde die erste Ausstellung im Rahmen des kantonsübergreifenden Gemeinschaftsprojekts «iigfädlet – Ostschweizer Textilgeschichten» im Museum Herisau eröffnet (Abb. 8). Darauf folgten weitere sieben Vernissagen in den anderen beteiligten Museen in Heiden, Teufen, Urnäsch, Stein sowie in Altstätten, Ebnat-Kappel und St. Gallen. Gleichzeitig erschien eine Begleitpublikation im Appenzeller Verlag. Die einzelnen Ausstellungen stiessen auf guten Anklang sowohl bei den Einheimischen als auch beim Publikum aus umliegenden Kantonen. – Im November hiess der Regierungsrat eine neue Museumsstrategie gut. Mit einigen Anpassungen verfolgt sie die

bisherigen Ansätze, d.h. die Museumskoordination kommuniziert auch in Zukunft unter einer Dachmarke und organisiert gemeinsame Projekte. – Die Kulturlandsgemeinde fand Anfang Mai im Sportzentrum Herisau statt. Sie widmete sich unter dem Titel «Grösser – glücklicher – gerechter» während zwei Tagen verschiedensten Formen der persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Optimierungen, den Sonnen- und Schattenseiten des «Besserwerdens». Die jährliche Kulturgegung, diesmal in Wolfhalden, vermittelte einen Einblick in die Arbeit der Denkmalpflege. – Die Kulturförderung hat eine neue Höchstzahl von 214 (209) Gesuchen behandelt und 154 Projekten eine Unterstützung zugesprochen. Bei Förderbeiträgen von insgesamt 621 200 Franken ergibt dies eine durchschnittliche Beitragssumme von rund 4000 Franken pro Gesuch. Als Folge der steigenden Zahl von Gesuchen wurden die Förderkriterien geschärf. Neben den einzelnen Projekten wurden 23 Institutionen mit jährlichen Betriebsbeiträgen in der Höhe von rund einer Million Franken unterstützt. Diese sind an Leistungsvereinbarungen gebunden. – Nach dem Tod von Herbert Maeder Ende Januar wurde sein fotografisches Lebenswerk in die Kantonsbibliothek überführt. Dank einer Reorganisation des Magazins in der Zivilschutzanlage Hinterdorf in Trogen wurde zudem Platz geschaffen für die Nachlässe des Grafikers Ruedi Bannwart und des Pfarrers Gustav Adolf Zingg. Schwerpunkte in der Kantonsbibliothek waren die Vorbereitung der Ausstellung «Tu was du willst. Sinnsuche in Stein» mit Sammelgut aus der Collectio Magica et Occulta CMO im Appenzeller Volkskunde-Museum Stein sowie die Lancierung der Website «AppenzellDigital. Wissensportal zur Appenzeller Kultur, Geschichte und Geografie im Internet» unter dem Dach des Vereins Appenzeller Hefte.

Kulturstiftung. Auch 2017 hat die Ausserrhodische Kulturstiftung Werkbeiträge im Gesamtbetrag von 90 000 Franken in den Sparten Bildende Kunst und Architektur, Angewandte

Kunst und Design sowie Literatur, Theater, Tanz vergeben. Die vier Werkbeiträge in den Bereichen Bild, Fotografie und Raum-Kunst gingen an Nora Rekade, Michael Bodenmann, Florian Graf und Christian Hörler. In der Sparte Angewandte Kunst und Design erhielten die Schmuckgestalterin Salome Lippuner, das Grafik-Duo Ollie Schaich und Ruedi Zürcher sowie Lük Popp je einen Werkbeitrag. In der Sparte Theater erhielten Michael Finger und Doris Schefer je einen Förderbeitrag (Abb. 9). – Kanton und Kulturstiftung Appenzell Ausserrhoden vergaben außerdem zwei Artist-in-Residence-Stipendien. Das eine Stipendium wird dem Modeschöpfer Armando Forlin zugesprochen, der einen Recherche-Aufenthalt in Los Angeles plant. Das zweite Stipendium geht an die Szenografin Karin Bucher und den Filmemacher Thomas Karrer für ihr Dokumentarfilmprojekt über Chandigarh. Im Fokus ihres Interesses steht die heutige Situation in der von Le Corbusier gebauten Modellstadt in Indien.

Dies und Das

Verschiedenes. Anfang Januar durchsuchte die Kantonspolizei in Rehetobel ein Gebäude wegen des Verdachts auf eine Indoor-Hanfplantage. Dabei schoss der Mieter auf zwei Polizisten und verletzte einen schwer. Bei der Festnahme richtete sich der 33-jährige Schweizer selbst. – Das Ausserrhoder Veterinäramt räumte einen Bauernhof im Vorderland. Das Tierhalteverbot gegen den Landwirt wurde bereits 2012 ausgesprochen. Der Tierhalter prozessierte durch alle Instanzen. – Angesichts des langwierigen Verfahrens zur Totalrevision der Ausserrhoder Kantonsverfassung riss der IG Starkes Ausserrhoden der Geduldsfaden. Sie lancierte die Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden», die Zusammenschlüsse von Gemeinden «im Interesse einer wirksamen Aufgabenerfüllung und eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes» fördern will. – Schwellbrunn, höchstgelegenes Dorf in Ausserrhoden, war mit 49 anderen Dörfern für den Titel «das schönste Dorf der Schweiz 2017» nominiert worden – und gewann. Das intakte Dorfbild

von nationaler Bedeutung und ein funktionierendes Dorfleben, das 2015 durch eine Staffel der Fernsehsendung «SRF bi de Lüt» schweizweit bekannt geworden war, verhalfen zum Sieg. – Die Bezeichnung «Appenzeller» für Pantli, Mostbröckli und Siedwurst wurde vom Bundesamt für Landwirtschaft als geschützte geografische Angabe registriert, nachdem schon 2003 ein erstes Gesuch gestellt worden war. – Geburten, Trauungen, eingetragene Partnerschaften und Todesfälle können mit schriftlicher Zustimmung der Betroffenen wieder publiziert werden. Das durch eine Verordnungsänderung erlassene faktische Verbot des Regierungsrats Ende Juli hatte in der Bevölkerung viel Unverständnis hervorgerufen.

Personen. Ende 2017 gab Hans Rudolf Früh sein Mandat als Stiftungsratspräsident der Stiftung Waldheim nach mehr als 20 Jahren ab. Er hat in der grössten Heiminstitution im Appenzellerland markante Akzente gesetzt. Seine Nachfolgerin wurde alt Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl. – Der Verein Appenzell Ausserrhoder Wanderwege erhielt mit Urs von Däniken nach dreijähriger interimistischer Führung einen neuen Präsidenten. – Der Präsident des Industrievereins von Appenzell Ausserrhoden, Hans Altherr, trat nach zehn Jahren zurück. Nachfolger ist Urs Alder, Kantonsrat aus Teufen. – Monika Knellwolf wurde von den Leserinnen und Lesern der «Appenzeller Zeitung» zur Appenzellerin des Jahres 2017 gewählt. Die Bäuerin aus Waldstatt trat als Siegerin der SRF-Fernsehsendung «Landfrauenküche» ins Rampenlicht der Öffentlichkeit.